



Studie warnt vor hohen Folgekosten eines Berufsheers



Der Volkswirtschaftler Friedrich Schneider hat errechnet, dass eine teure Berufsarmee einen negativen Effekt auf die Wirtschaft hätte

VON W. THEURETSBACHER

Heeres-Debatte.

Volkswirtschafts-Experte Schneider: Die Wehrpflicht ist auch die ökonomisch günstigste Variante.

In der Debatte um Wehrpflicht oder Berufsheer versucht nun das Pro-Wehrpflicht-Komitee „Einsatz für Österreich“ mit wirtschaftlichen Argumenten Stimmung zu machen: Die Wirtschaft würde durch die Umstellung auf eine Berufsarmee Schaden erleiden. Be-

sonders der ländliche Raum wäre von einer Welle von Kasernenschließungen betroffen. Das gehe aus einer Studie des Linzer Volkswirtschaftsprofessors Friedrich Schneider hervor.

Schneider kontierte Aussagen von Finanzstaatssekretär Andreas Schieder, SPÖ: Dieser hatte anhand einer Studie aus OECD-Staaten abgeleitet, dass sich die Wehrpflicht negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirke. Schneider bezweifelt, dass sich diese Studie für Österreich eignet. Immerhin gehe es darin um Staaten mit Wehrpflichtzeiten von bis zu 17 Monaten.

Schneider ist hingegen überzeugt, dass ein Berufsheer die teurere Variante sei: „Selbst wenn der von Finanzstaatssekretär Schieder genannte höhere Effekt von 670 Millionen des Wirtschaftswachstums eintritt, wird er durch die höheren Kosten eines Alternativmodells mehr als ausgeglichen.“ Der Ersatz von Grundwehr- und Zivildienern mit Arbeitskräften aus der Wirtschaft würde 500 Millionen Euro kosten, gleichzeitig würden dem Arbeitsmarkt Spezialkräfte entzogen. Fazit: Schneider ortet Mehrkosten für die Volkswirtschaft in Höhe von 219 Millionen.

Für Erwin Hameseder, Vorstandschef der Raiffeisen Holding NÖ-Wien, wären die wirtschaftlichen Folgen vor allem für den ländlichen Raum enorm. Er geht davon aus, dass bei einer Umstellung auf eine Berufsarmee 35 bis 40 Kasernen geschlossen werden müssten. „Dort wird es einen echten Kahl Schlag geben, der vor allem klein- und mittelständische Betriebe gefährdet.“

Berufsarmee-Befürworter Hannes Androsch verweist auf anderslautende Studien und meint: „Der Erhalt der Kasernenzulieferer und Wirte ist keine sicherheitspolitische Größe.“